

Stiftungen: mitten in der Gesellschaft, aber am Rande der Politik

Plötzlich sind sie in aller Munde, die reichen Stifter in den USA und die reichen Steuerzahler in der Schweiz. Es wäre nun die Gelegenheit, das schweizerische Stiftungswesen besser zu positionieren. Aber in Bundesbern harzt es. Von Benno Schubiger

Der Schwur der milliardenschweren Stifter um Bill Gates hat das gemeinnützige Spenden auch in der Schweiz ganz vorne auf die Themenliste gebracht, und die derzeitige Diskussion um die Steuerinitiative der SP ritzt auch immer die Frage: Was tun hier Reiche ausser Geld besitzen und Steuern zahlen? Sie gründen beispielsweise gemeinnützige Stiftungen und tragen dazu bei, dass innerhalb von Europa die Dichte an Stiftungen und die Höhe der Stiftungskapitalien anteilmässig nirgends so gross sind wie in der Schweiz. Gemäss Schätzungen des Centre for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel hält die Gesamtheit der 12 000 gemeinnützigen Stiftungen Kapitalien von 40 bis 80 Milliarden Franken und schüttet jährlich geschätzte 1 bis 1,5 Milliarden Franken aus.

Verschwiegenheit

Der Sektor der Förderstiftungen könnte hierzulande stärker wachsen, gar eine strategische Bedeutung gewinnen, wenn er denn adäquat positioniert würde. Die Branche leidet noch unter dem Ruf der Verschwiegenheit; dabei hat das vergangene Jahrzehnt weitherum einen Bewusstseinswandel gebracht. Stiftungsverbände, Interessengruppen und Einzelstiftungen haben wichtige Diskussionen angestossen, sich als Innovatoren positioniert, ihre eigene Professionalisierung vorangetrieben. Swiss Foundations hat mit dem europaweit ersten Code Regeln für gute Foundation-Governance aufgestellt. Und mit Instituten in Basel (dem genannten CEPS), Freiburg und Zürich ist der Themenkreis auch in der Schweizer Universitätslandschaft angekommen. Noch aber ist der Selbstorganisationsgrad der Stiftungen mit bloss 3 Prozent viel tiefer als in den USA, und damit bleibt auch die gesellschaftspolitische Schlagkraft dieser Branche zu gering.

Freiraum

Stiftungen sehen sich meist als zu staatlichem Handeln komplementäre Akteure. Sie nutzen dabei den Freiraum, den ihnen unser liberales Stiftungsgesetz seit bald hundert Jahren gewährt, für effiziente Förderung des Gemeinwohls. Es ist weniger die relativ stifterfreundliche Steuergesetzgebung, die den Stiftungssektor prosperieren lässt, als vor allem eine generelle Aufgeschlossenheit gegenüber Stifterwilligen und ein meist von Wohlwollen geprägter behördlicher Umgang mit den Stiftungen, wofür uns etwa Stiftungen in Nachbarländern beneiden.

Dennoch könnte der Gesetzgeber den Stiftungssektor mit zwei simplen Massnahmen zusätzlich stärken und dabei gleichzeitig auch die Interessen der Destinatäre, der potenziellen Empfänger der Stiftungsgelder, stützen: erstens, indem der Gesetzgeber Listen aller gemeinnützigen (demnach meist steuerbefreiten) Stiftungen erstellen und allgemein zugänglich machen liesse; zweitens, indem er die Branche statistisch erschliessen sowie die Grösse des Stiftungssektors und dessen Förderleistungen – aufgeschlüsselt und analysiert nach internationalen Standards – darstellen liesse. Die erste Massnahme erleichterte für die Gesuchsteller die Zugänglichkeit der Stiftungen signifikant, der Handel mit Stiftungsadressen würde als Geschäftsmodell obsolet. Die Konzentration von 80 Prozent aller Gesuche auf bloss 20 Prozent der Förderstiftungen würde einer besseren Verteilung weichen und die Effektivität fördern. Die zweite genannte Massnahme steigerte nicht nur die Reputation der Stiftungsbranche, sondern würde die Stiftung als Modell innerhalb des dritten Sektors stärker profilieren. Nur wer richtig eingeschätzt werden kann, wird geschätzt. Eine «Black Box» kann kaum als Vorbild für Menschen taugen, die sich selber die Gründung einer Förderstiftung überlegen. Die Stiftungen scheuen das Licht nicht, aber die Scheinwerfer können sie schwerlich selber aufstellen.

Parlamentarische Vorstösse

Das Heft des Handelns liegt also gegenwärtig in Bern: Im letzten Jahr überwies der Ständerat eine Motion des Berner Ratsmitglieds Werner Luginbühl (bdp.) zur «Steigerung der Attraktivität des Stiftungsstandortes Schweiz». Im vergangenen März dann aber lehnte der Ständerat als Zweitrat eine andere Motion des Zürcher Nationalrats Hans Kaufmann (svp.) ab, dies in Differenz zur grossen Kammer. Die Motion Kaufmann intendierte die «Schaffung eines nationalen Registers und Verbesserung der statistischen Grundlagen». Leider fing der Ständerat damit genau jenen Vorstoss ab, der die signifikanten Defizite des Stiftungssektors beheben wollte. Und er tat dies mit eher fadenscheinigen Argumenten: als ob die kirchlichen Stiftungen und die Familienstiftungen – üblicherweise nicht steuerbefreit – problemrelevant wären.

Unverbindliche Politik

Die Motion Luginbühl mit ihren weniger spezifischen Anliegen bringt dafür gegenwärtig den langsamen Weg der Ämterkonsultation hinter sich.

Eine unverbindliche «Kann-Empfehlung» aus dem Ständerat hält Kaufmanns Anliegen halbwegs am Leben. Nach dem Wechsel des Geschäfts von Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf zur neuen Justizministerin Simonetta Sommaruga könnte dem Thema mehr Beachtung geschenkt werden. Die erst gerade geschaffene Parlamentarische Gruppe Philanthropie/Stiftungen könnte dies unterstützen. Und die Bundesparlamentarier, die im Schnitt 1,5 Stiftungsratsmandate halten – wie es der Tessiner Nationalrat und FDP-Präsident Fulvio Pelli, Co-Präsident der erwähnten Parlamentarischen Gruppe, an einer Stiftungsveranstaltung kürzlich vorrechnete –, könnten Gutes für den Stiftungsplatz Schweiz erreichen.

.....
Benno Schubiger war Gründungspräsident von Swiss Foundations, dem Verband der Schweizer Förderstiftungen in Zürich, und ist Geschäftsführer einer gemeinnützigen Förderstiftung in Basel.